

Forschung am Menschen

# Stimmende sagen klar Ja

sda/red. Für den Verfassungsartikel über die medizinische Forschung am Menschen stimmten landesweit 77,2 Prozent und alle Kantone. Das Gesetz reguliert die Forschung mit lebenden und verstorbenen Personen, Embryonen und Föten sowie biologischem Material menschlicher Herkunft und mit gesundheitsbezogenen Personendaten.

«Endlich haben wir eine einheitliche und solide Verfassungsgrundlage zur Forschung am Menschen», freut sich Hansruedi Stalder, Urner CVP-Ständerat und Mitglied des Co-Präsidiums, für ein Ja.

**«Hürden in sensiblen Bereichen»**

Zu den umstrittenen Bestimmungen des Gesetzes gehört der Umgang mit Kindern und urteilsunfähigen Personen. Das Parlament hat jedoch entschieden, die Grundsätze hierzu bereits im Verfassungsartikel zu verankern, sodass nicht mit grundlegenden Änderungen der Gesetzesbestimmungen durch das Parlament zu rechnen ist. Stalder erläutert: «Zu begrüßen ist, dass für die besonders sensiblen Bereiche der Forschung in Biologie und Medizin sowie der Forschung mit unmündigen Menschen auf Verfassungsstufe zusätzliche Hürden eingebaut worden sind.»

Präzisiert wird im neuen Gesetz unter anderem das Recht auf Information: Eine betroffene Person hat das Recht, über die ihre Gesundheit betreffenden Ergebnisse eines Forschungsprojekts informiert zu werden.

**Qualität in kantonalen Händen**

Weiter wird mit der Annahme festgehalten, dass niemand für die Teilnahme an einem Forschungsprojekt mit erwartetem direktem Nutzen eine Bezahlung erhält. Die Teilnahme an einem Forschungsprojekt ohne direkten Nutzen kann dagegen entgolten werden.

Das Humanforschungsgesetz beinhaltet vieles, das bisher in anderen Gesetzen oder kantonal geregelt war. Über den Schutz der Personen und die wissenschaftliche Qualität der Projekte sollen wie bis anhin die kantonalen Ethikkommissionen wachen.

Stadt Bern

## Berner für mehr Polizeipatrouillen

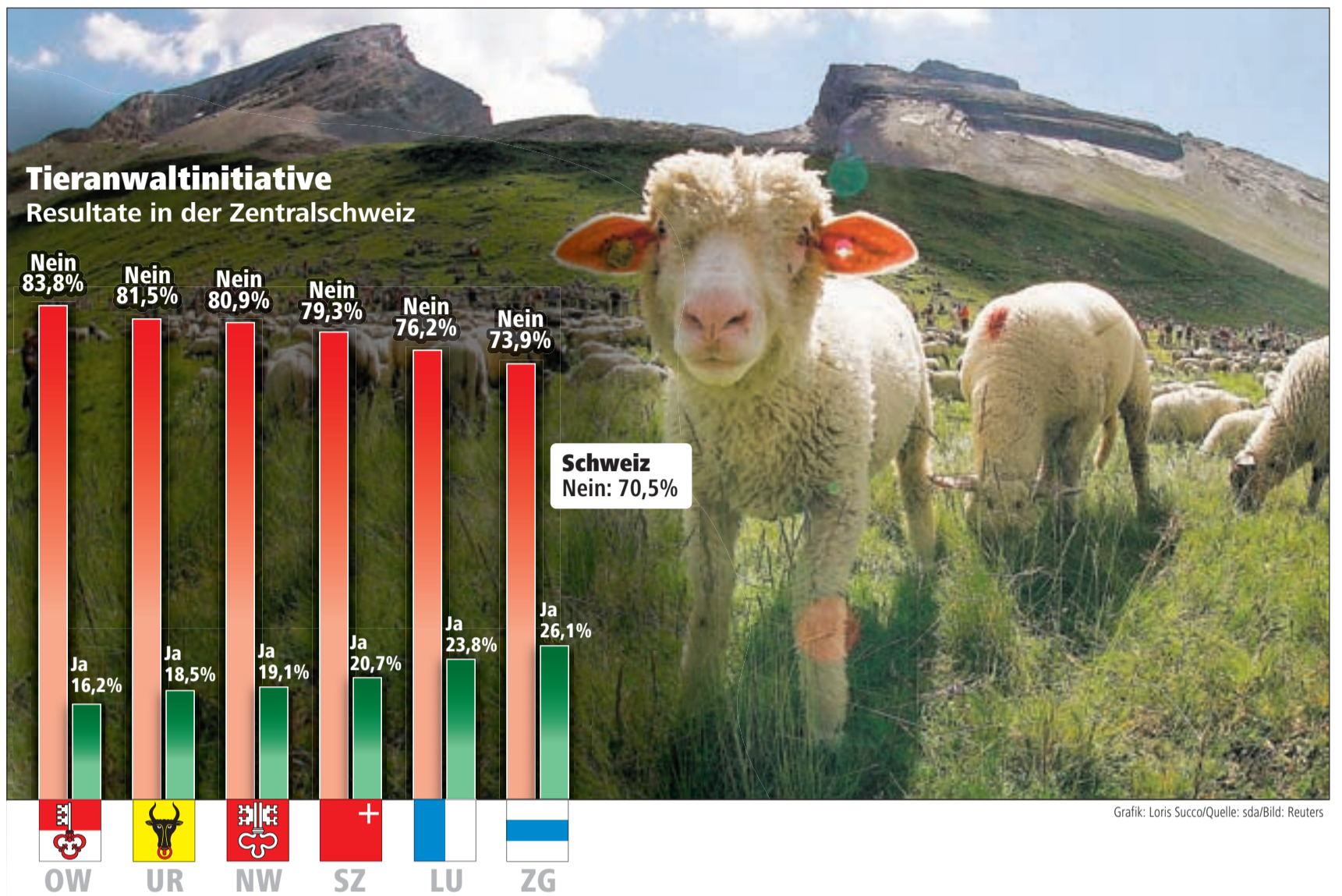
sda. In der Stadt Bern wird künftig mehr Polizei unterwegs sein. Die Polizeipräsenz wird aber nicht so stark erhöht, wie dies die Volksinitiative eines bürgerlichen Komitees um den FDP-Stadtparlamentarier Philippe Müller forderte. Die Stimmberechtigten haben die Volksinitiative «Für eine sichere Stadt Bern» abgelehnt und den Gegenvorschlag des Gemeinderats bevorzugt. Er erhielt 53,8 Prozent der Stimmen.

**Bis zu 20 neue Polizeistellen**

Die Berner Kantonspolizei wird nun im Auftrag der Stadt Bern die sichtbare Polizeipräsenz in Bern in zwei Schritten von heute 65 000 Stunden auf 85 000 Stunden pro Jahr erhöhen. Das bedingt eine Aufstockung des Polizeikorps um etwa 20 Stellen. Die Volksinitiative sah vor, dass die Stadt Bern bei der Kantonspolizei künftig pro Jahr mindestens 110 000 Stunden Präsenz bestellt.

Initiative

# «Der Tieranwalt ist vom Tisch»



Grafik: Loris Succo/Quelle: sda/Bild: Reuters

**Das Nein ist erdrückend. In der Zentralschweiz dürfte es daher künftig keine Tieranwälte geben, denkt Josef Risi, Leiter des Veterinär-amtes der Urkantone.**

VON KARI KÄLIN

Liest man das Communiqué des Schweizer Tierschutzes (STS), wähnt man sich in einer knappen Ausmarchung. «Zwar hat es nicht ganz gereicht, die Kantone zur Einführung von Tierschutzanwältinnen zu verpflichten», schreibt der STS – und macht einen «beachtlichen Anteil an Ja-Stimmen» aus. Die Realität zeigt indes ein anderes Bild: 70,5 Prozent haben die Tieranwalt-Initiative verworfen. Am wenigsten Gnade fand das Begehren im Kanton Obwalden, der es mit 83,8 Prozent Nein-Stimmen bachab schickte. Auch die übrigen Zentralschweizer Kantone lehnten den Tieranwalt überdurchschnittlich klar ab. Damit bleibt es den Kantonen überlassen, ob sie einen Tieranwalt anstellen wollen oder nicht.

**SVP will Tieranwalt abschaffen**

Der einzige Kanton, der einen Tieranwalt kennt, ist Zürich, wo Antoine F. Goetschel die Rechte der Tiere in Strafprozessen vertritt. Goetschel weibelte an vorderster Front für das Ziel, dass er kein Einzelkämpfer bleibt und Kollegen in anderen Kantonen erhält. Doch auch an der Limmat erlitt die Initiative mit 63,5 Prozent Nein-Stimmen Schiffbruch. Nun sät die kantonale SVP an Goetschels Stuhl. Sie will den Tieranwalt mittels parlamentarischem Vorstoss abschaffen. «Der Kanton Zürich hat die Initiative deutlich abgelehnt, die Institution Tieranwalt hat in der Bevöl-

kerung keinen Rückhalt mehr», sagt SVP-Kantonalpräsident Alfred Heer. Von dieser Attacke lässt sich Goetschel jedoch nicht beirren. Die Praxis habe gezeigt, dass sich alle Befürchtungen, der Tieranwalt könnte zu einem Stallvogt mutieren, als falsch herausgestellt hätten. Goetschel erinnert daran, dass der Tieranwalt im Kanton Zürich in einer Volksabstimmung 1991 mit 83 Prozent angenommen worden sei. «Die

**«Die Suppe wird nicht so heiss gegessen, wie sie die SVP kocht. Ich mache weiter.»**

ANTOINE F. GOETSCHEL, TIERANWALT KANTON ZÜRICH

Suppe wird nicht so heiss gegessen, wie sie die SVP kocht. Ich mache weiter.»

Auch Gieri Bolliger, Geschäftsleiter der Stiftung für das Tier im Recht, interpretiert das Nein des Kantons Zürich nicht als Votum gegen Goetschel. Es sei um die Frage gegangen, ob alle Kantone einen Tieranwalt wollten oder nicht. «Die Zürcher Stimmbürger haben entschieden, dass die Kantone weiterhin selber die Wahl haben sollen, einen Tieranwalt anzustellen oder nicht. Das heisst nicht, dass das Volk den Zürcher Tieranwalt nicht mehr will.»

In der Zentralschweiz deutet derweil wenig darauf hin, dass nach dem überdeutlichen Resultat ein Tieran-

EXPRESS

- ▶ 70,5 Prozent wollen keinen Tieranwalt.
- ▶ Die Zürcher SVP stellt den einzigen Tieranwalt in Frage.

walt installiert wird. «Die freiwillige Einrichtung eines Tieranwalts ist vom Tisch», sagt Josef Risi, Leiter des Veterinär-amtes der Urkantone, dem Schwyz, Uri, Nidwalden und Obwalden angeschlossen sind. Risi ist zudem überzeugt, dass bei den meisten Fällen unsachgemässer Tierhaltung Verwaltungsmaßnahmen effizienter zu einer Verbesserung führen als ein Strafverfahren. «Wir können zum Beispiel Verbesserungen für die Tierhaltung im Stall anordnen und dies laufend kontrollieren. Ein Strafverfahren dauert lange und mündet vielleicht in eine Busse», sagt Risi.

**Scherer lobt Veterinärämter**

Erfreut über die deutlichen Verhältnisse an der Urne zeigte sich der Zuger SVP-Nationalrat Marcel Scherer. Der Landwirt und Schweinezüchter aus Hünenberg attestiert dem Volk Reife: «Die Leute können differenzieren zwischen wichtigen Vorlagen und solchen, die im luftleeren Raum stehen.» Die Schweiz habe das beste Tierschutzgesetz der Welt, und so werde es auch umgesetzt.

KOMMENTAR

## Zeichen des Vertrauens

Die Tieranwalt-Initiative ist an der Urne haushoch gescheitert. Der Souverän ist gegen eine landesweite Lösung und lässt den Kantonen die Wahl, einen Tieranwalt zu installieren oder nicht. Nach dem Verdikt stehen die Chancen dafür schlecht – was nicht bedeutet, dass die Leute den Tierschutz nicht hoch gewichten.

Das Ergebnis offenbart vielmehr, dass das Volk das strenge Tierschutzgesetz, das dem Wohl der Tiere einen hohen Stellenwert einräumt, als glaubwürdiges Instrument gegen glaubwürdige Tierquälerei betrachtet. Die aktuelle Regelung reicht offenbar. Juristische Vertreter für Tiere sind nicht erwünscht.

KARI KÄLIN kari.kaelin@neue-lz.ch

ABSTIMMUNGSRISULTATE NACH KANTONEN

	Forschung am Menschen		Tierschutzinitiative		BVG-Umwandlungssatz	
	Ja in %	Nein in %	Ja in %	Nein in %	Ja in %	Nein in %
Zürich	78,0	22,0	36,5	63,5	32,7	67,3
Bern	75,4	24,6	30,4	69,6	27,4	72,6
Luzern	75,2	24,8	23,8	76,2	34,5	65,5
Uri	66,7	33,3	18,5	81,5	29,2	70,8
Schwyz	67,0	33,0	20,7	79,3	31,0	69,0
Obwalden	70,0	30,0	16,2	83,8	32,1	67,9
Nidwalden	74,8	25,2	19,1	80,9	35,3	64,7
Glarus	72,4	27,6	29,5	70,5	34,4	65,6
Zug	75,7	24,3	26,1	73,9	34,5	65,5
Freiburg	79,8	20,2	19,2	80,8	22,6	77,4
Solothurn	73,5	26,5	31,0	69,0	22,4	77,6
Basel-Stadt	76,9	23,1	44,3	55,7	26,2	73,8
Baselland	79,8	20,2	36,2	63,8	23,2	76,8
Schaffhausen	67,9	32,1	34,0	66,0	29,2	70,8
Appenzell AR	69,8	30,2	28,0	72,0	32,3	67,7
Appenzell IR	72,6	27,4	16,5	83,5	42,3	57,7
St. Gallen	73,8	26,2	28,0	72,0	30,9	69,1
Graubünden	70,6	29,4	31,0	69,0	34,6	65,4
Aargau	73,8	26,2	31,2	68,8	26,8	73,2
Thurgau	73,1	26,9	29,9	70,1	32,4	67,6
Tessin	77,7	22,3	38,3	61,7	21,4	78,6
Waadt	87,6	12,4	22,1	77,9	22,5	77,5
Wallis	72,7	27,3	17,0	83,0	19,1	80,9
Neuenburg	82,4	17,6	22,4	77,6	18,4	81,6
Genf	88,0	12,0	33,5	66,5	20,4	79,6
Jura	77,3	22,7	17,3	82,7	15,2	84,8
<b>Total</b>	<b>77,2</b>	<b>22,8</b>	<b>29,5</b>	<b>70,5</b>	<b>27,3</b>	<b>72,7</b>
Stimmbeteiligung:	43,9%		45,2%		44,9%	

ANZEIGE

**Das Volk hat entschieden: Soziale Sicherheit statt Rentenklau**

- Rentenklau bei der Pensionskasse? **Abgelehnt!**
- Sozialabbau bei der AHV und bei Arbeitssuchenden? **Gemeinsam verhindern wir das!**

Danke für Ihre Unterstützung. Mit der Unia für eine soziale Schweiz.